

EINE FRECHHEIT GEGENÜBER DER JUNGEN GENERATION

Jedes Jahr kommt zuverlässig aufs Neue eine Diskussion über eine Dienstpflicht, den Pflichtdienst oder ein Dienstjahr. In diesem Jahr ist der Vorschlag besonders unsinnig.

Dienstjahr für alle, Gesellschaftsjahr, soziale Pflichtzeit – Die Debatte hat viele Namen. Im Wesentlichen ist die Idee die folgende: Junge Menschen sollten nach dem Abschluss ihrer Schullaufbahn für einen gewissen Zeitraum einen Wehrdienst oder sozialen Pflichtdienst, beispielsweise bei der Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk oder in der Pflege erfüllen müssen.

Angesichts des Pflegenotstands, mangelnden Nachwuchskräften bei der Bundeswehr und der immer weiter auseinanderdriftenden Gesellschaft in Zeiten aktueller Krisen scheint dieser Vorschlag sogar eine naheliegende und scheinbar kluge Antwort für viele derzeitige Herausforderungen zu liefern.

So appellierte zuletzt auch Bundespräsident Steinmeier im Juni 2022, dass gerade jetzt, in einer Zeit, in der das Verständnis für andere Lebensentwürfe und Meinungen abnehmen würde, eine soziale Pflichtzeit besonders wertvoll sein könne. Man komme raus aus der eigenen Blase, treffe ganz andere Menschen, könne Bürger*innen in Notlagen helfen. Das baue Vorurteile ab und stärke den Gemeinsinn.

Kern der Argumentation, die besonders bei Konservativen auf Zuspruch trifft, ist derselbe, wie ihn Annegret Kramp-Karrenbauer als damalige Verteidigungsministerin beim Einbringen eines ähnlichen Vorschlags in den Jahren 2018 und 2019 schon genannt hat: „Diesen Staat gibt es nicht zum Nulltarif. Dieser Staat ist es wert, dass man sich dafür einsetzt.“

Erzwungenes Engagement bringt niemandem etwas

Ein sozialer Pflichtdienst für alle wäre derzeit nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Hierfür wäre die Änderung der Verfassung mit einer Zweidrittelmehrheit erforderlich. Sollte eine solche Änderung zustande kommen, würde diese jedoch den gesellschaftlichen Zusammenhalt keinesfalls fördern. Gesellschaftlichen Zusammenhalt und Solidarität kann man nicht erzwingen. Vielmehr missbilligt der

Pflichtdienst das Engagement derjenigen, die sich bisher freiwillig engagieren und frustriert zudem diejenigen, die den Pflichtdienst gegen ihren Willen ableisten müssen. Diese würden in den Pflegeheimen und anderen Einrichtungen schlichtweg Betreuungskapazitäten binden, welche nicht vorhanden sind und wegen der fehlenden Motivation keinen bis kaum einen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten. Gegen den Pflegenotstand braucht es zudem Fachkräfte, welche sich nur durch bessere Arbeitsbedingungen gewinnen lassen.

Ein Pflichtdienst spricht der jungen Generation ab, sich selbstständig für die Gesellschaft einbringen zu wollen. Mehr noch: die Forderung ist eine Frechheit. Sie blendet das Engagement, das viele junge Menschen derzeit aus voller Überzeugung im Kampf gegen die Klimakrise, für eine bessere politische Zukunft, im sozialen Bereich oder der Solidarität, die junge Menschen während der Pandemie zum Schutz vulnerabler Gruppen aufbringen, schlichtweg aus.

Wir Jusos setzen uns stattdessen für eine Stärkung der Freiwilligendienste ein. Ob bessere Vergütung, mehr Mitbestimmung oder politische Anerkennung – Wir wollen, dass dem Engagement, welches zahlreiche Kinder und Jugendliche freiwillig aufbringen, nichts im Weg steht und wollen es hingegen attraktiver machen. Durch eine solche Wertschätzung kann der gesellschaftliche Zusammenhalt tatsächlich gestärkt werden.



Maximilian Reeck (22)

sieht eine Pflicht zum Engagement sehr kritisch und empfiehlt einen Blick in den Duden. Hier steht unter „Engagement“, dass die Verpflichtung dazu von innen, nicht von außen kommen sollte: „[persönlicher] Einsatz aus [weltanschaulicher] Verbundenheit; Gefühl des Verpflichtetseins zu etwas“.



SOZIALE PFLICHTZEIT